

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität vom 30.10.2024

Öffentlicher Teil

TOP .. Bericht zur Personalsituation im Fachbereich 69

0933/2024
Entscheidung
ohne Beschluss

Herr Dr. Erpenbach führt aus, dass die Vorlage einen ungewöhnlichen Gang genommen habe. Man habe ursprünglich nicht geplant, die Personalsituation in der jetzigen Art und Weise als Tischvorlage darzustellen. Der Vorteil sei jedoch, dass man nun tagesaktuelle Zahlen präsentieren könne und der personalverantwortliche Leiter des Fachbereichs 11, Herr Keßen, präsent sei [*Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt*].

Man habe zuletzt Erfolge verbuchen können, die auch aus der guten Zusammenarbeit der Städte Dortmund, Bochum und Hagen resultiere. Für deren gemeinsame Untere Umweltschutzbehörde sei es gelungen, offene Stellen qualifiziert zu besetzen. Auch die vakanten Stellen würden nach erfolgter Haushaltsgenehmigung der beteiligten Städte zeitnah besetzt. Dadurch könne man Aufgaben wie Berichtspflichten gegenüber der Bezirksregierung und Einschätzungen zu politischen Diskursen wieder gerecht werden.

Herr Keßen bedauert, dass die Zeitspanne zwischen politischem Beschluss im Februar bis zur Berichterstattung im Gremium zu lang gewesen sei.

Der Fachbereich Personal und Organisation sei verantwortlich für die Zuteilung von Personalressourcen sowie mitverantwortlich für Wiederbesetzungssperren oder verzögerte Besetzungen. Aus Sicht dessen werde er die Personalsituation beurteilen. In Bezugnahme auf den Beschluss des UKM, der auf die „Anforderungen und Probleme“ im Umweltamt abstelle, gebe es einen Widerspruch zur objektiv darstellbaren Lage. Von 60 Stellen seien derzeit 56 besetzt, eine weitere sei zum 1.1.2025 nicht mehr vakant. Die entsprechende Besetzungsquote sei im oberen Bereich der Stadtverwaltung anzusiedeln. Dennoch gebe es dezernatsübergreifend Probleme, die man numerisch nicht abbilden könne.

Der Verwaltungsvorstand habe sich am gestrigen Tage erneut mit der Personalsituation des Fachbereichs 69 auseinandergesetzt und Herrn Keßen mit einer umfassenden und vollständigen Organisationsuntersuchung beauftragt. In dieser würden auch alle Schnittstellenprobleme untersucht und fundiert dargestellt. Im Sommer 2025 sei mit der Fertigstellung der Untersuchung zu rechnen. Dann könne dem Gremium ein Vorschlag darüber gemacht werden, wie ein optimal und modern aufgebautes Umweltamt, auch im Vergleich zu anderen Umweltverwaltungen, aussehen könne.

Herr König zweifelte an der Aussage, dass es im Umweltamt keine Probleme geben könne. Die eingekommene Präsentation sei wenig aussagekräftig, auch weil die Abteilungen z.B. lediglich numerisch aufgeführt würden. Er möchte wissen, wie verlässlich der Zeitpunkt zur Mitte 2025 sei. Im Falle einer Verzögerung sei bereits der nächste Stadtrat zuständig.

Herr Keßen verweist auf die weiteren Seiten der Präsentation, auf denen die einzelnen Abteilungen dargestellt seien. Diese werde mit der Niederschrift zur Verfügung gestellt.

Man finde im Umweltamt gesicherte Strukturen vor und könne unter Mithilfe von Herrn Köhler eine schnellere Überprüfung durchführen als es zuletzt im Fachbereich 65 der Falle gewesen sei. Der Zeitpunkt zur Mitte des Jahres 2025 sei bewusst gewählt, da die Überprüfung ggf. mit Entscheidungen einhergehe, die der Rat treffe. Es bestünden einige Schnittstellen zwischen den Vorstandsbereichen 4 und 5, die aufgezeigt würden und Verbesserungspotenziale aufwiesen. Es sei die alleinige Aufgabe der Politik, die Entscheidungen und Weichenstellungen selbst vorzunehmen oder in die Hände des neu zu wählenden Rates zu geben.

Herr Köhler weist darauf hin, dass die Präsentation die Situation in Bezug auf die genehmigten Stellen dargestellt habe. Er sei dem Fachbereich für Personal und Organisation sehr dankbar für die hohe Besetzungsquote, gerade im Vergleich zu anderen Ämtern. Die Darstellung der Stellen sei jedoch nicht der politische Wille des Gremiums gewesen. Vielmehr sei von Interesse, welche Projekte und Ideen man nicht angehen bzw. realisieren könne sowie welche Ressourcen dafür fehlten. Die Fachverwaltung habe eine andere Sicht auf die Dinge als die Zentralverwaltung, welche die Finanzen und Zuweisung von Personal verantworte. Man arbeite daran, Vollzugsdefizite, die nach wie vor bestünden, zu beheben. Das Instrument einer Organisationsuntersuchung sei genau richtig, um die Situation zu analysieren und den Grad, zu dem Aufgaben erfüllt werden könnten, zu definieren. Vollzugsdefizite seien Teil seines Bewerbungsprozesses gewesen und würden bspw. im Bereich der Verfolgung von Verstößen in Natur- und Landschaftsschutzgebieten angegangen. Inwieweit diese Bestrebungen in allen Bereichen fortgeführt oder intensiviert werden sollen, hänge mit dem politischen Willen über die Zuteilung von Kapazitäten zusammen. Insbesondere die Aspekte Abfallvergehen und Stadtsauberkeit seien wichtige Beispiele.

Herr Klepper fasst zusammen, dass es objektiv betrachtet kein Stellen-, sondern ein Organisationsproblem gebe. Er mahnt an, dass man seit langer Zeit über die fehlende Umsetzbarkeit von Beschlüssen im Gremium diskutiere, jedoch erst jetzt eine entsprechende Analyse der Gründe stattfinde. Er begrüße die Organisationsüberprüfung, um Schnittstellenprobleme und Verantwortlichkeiten aufzudecken.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Beschlussfassung

Anlage 1 UKM - Bericht zur Personalsituation im Fachbereich 69